

MAGAZIN

erwachsenenbildung.at



Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

www.erwachsenenbildung.at/magazin

Nr. 2, 2007

Lebenslanges Lernen in Österreich -
politische, organisatorische, finanzielle
und didaktische Anforderungen

Gudrun Biffl, WIFO

Erwachsenenbildung - Schlüssel für
die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit
Österreichs

Erwachsenenbildung – Schlüssel für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

von Gudrun Biffl, WIFO

Gudrun Biffl (2007): Erwachsenenbildung – Schlüssel für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs. Online im Internet:

<http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/meb07-2.pdf>. ISSN 1993-6818. Erscheinungsort: Wien. 26.442 Zeichen. Veröffentlicht Oktober 2007.

Schlagworte: Wissensgesellschaft, Qualifikationsrahmen, lebensbegleitendes Lernen, Ertrag der Weiterbildung, Anreizmechanismen, europäischer Bildungsraum

Abstract

Der rasche technologische Wandel führt dazu, dass sich die Arbeitsanforderungen ständig ändern. Gleichzeitig steigt die Beschäftigungsfluktuation und Betriebe investieren nicht mehr ausreichend in die Weiterbildung ihrer MitarbeiterInnen. In dieser Situation führt kein Weg an der Entwicklung eines Systems der Erwachsenenbildung vorbei. Ein derartiges System basiert auf drei Stützpfählern: einem institutionellen, einem finanziellen und einem qualifikatorischen. Der institutionelle Rahmen stellt sicher, dass die institutionellen AkteurInnen im Bereich der Aus- und Weiterbildung in die Planung und Umsetzung eines lebensbegleitenden Systems des Lernens eingebunden werden. Das kann über die Errichtung eines Erwachsenenbildungsrates oder eines Bundesamts für Weiterbildung erfolgen, das auch eine Bundesakkreditierungsagentur beherbergt. Der finanzielle Rahmen muss so ausgestaltet sein, dass sowohl individuelle Lernchancen im Lebenshorizont gewährleistet sind, als auch gesellschaftliche und wirtschaftliche bildungspolitische Ziele erfüllt werden. Zu letzteren zählt die Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Region ebenso wie die aus demokratiepolitischer Sicht wichtige Sicherstellung eines hohen Bildungsgrads einer reifen postindustriellen Gesellschaft. Die Qualifikationsanpassung soll innerhalb eines internationalen Qualifikationsrahmens stattfinden (Europäischer Qualifikationsrahmen), in den die national anerkannten beruflichen und fachlichen Fähigkeiten und Bildungsabschlüsse eingeordnet und damit allseits transparent gemacht werden.

Erwachsenenbildung – Schlüssel für die Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

von Gudrun Biffi, WIFO

Einleitung

Das Bildungssystem gerät zunehmend unter Reformdruck angesichts eines technologischen Wandels, der alle Berufe und Branchen erfasst. Aber nicht nur der technologische Wandel stellt das Bildungssystem vor neue Herausforderungen, sondern auch die Globalisierung und damit verbunden die zunehmende Öffnung der Märkte. Sie erhöht den Wettbewerb um knappe Ressourcen und trägt zu einem wirtschaftlichen Strukturwandel bei, der VerliererInnen und GewinnerInnen kennt. Zu den GewinnerInnen zählen Menschen, die die Fähigkeit und Möglichkeit haben, ihre Qualifikationen laufend an die sich ändernden Anforderungen der Arbeitswelt anzupassen. Zu VerliererInnen werden diejenigen, die keine Chance auf Weiterbildung haben, nicht zuletzt weil weder der Betrieb noch der Staat ausreichende Vorkehrungen für eine laufende Anpassung der Kenntnisse und Fähigkeiten aller Menschen im Lebensverlauf getroffen hat.

In unserer von neuen Technologien getriebenen Wissensgesellschaft werden die Fähigkeiten der Erwerbsbevölkerung und ihr Wissen zunehmend zum wichtigsten Wettbewerbsfaktor eines Landes oder einer Region (siehe Foray 2003; Plath 2000). Wenn die Individuen in die Lage versetzt werden, ihren Wissensstand laufend um neue Erkenntnisse zu bereichern, können sie sich selbst, die Gesellschaft und Wirtschaft weiterentwickeln und entfalten und die neuen technologischen Möglichkeiten zum Wohle aller nutzen und einsetzen. Dies wird in internationalen Erhebungen und Studien belegt. Es gibt einen engen Zusammenhang zwischen dem Ausmaß und der Bandbreite von Aus- und Weiterbildung, der Lösungskompetenz der Erwachsenen bei Alltagsproblemen und dem Wirtschaftswachstum (OECD 2005a). Das gilt ganz besonders für postindustrielle Gesellschaften, in denen der Anteil der Wissensarbeit an der Wertschöpfung an Bedeutung gewinnt.

Das ist der Grund dafür, dass in der postindustriellen Wissensgesellschaft dem Bildungssystem, insbesondere der Erwachsenenbildung, eine Schlüsselrolle in der Erhaltung der individuellen Wohlfahrt und der Wettbewerbsfähigkeit von Betrieben und Ländern zukommt.

Österreichs Bildungssystem ist noch der Industriegesellschaft verhaftet

Das österreichische Bildungssystem ist in seinen Grundstrukturen der Industriegesellschaft und dem damit verbundenen Konzept der Vollbeschäftigung verhaftet. Das bedeutet, dass davon ausgegangen wird, dass die Erstausbildung die nötigen Qualifikationen an den Eintrittspforten in den Arbeitsmarkt vermittelt und dass die Weiterbildung in der Folge über den Arbeitsmarkt, im Wesentlichen in Betrieben im Rahmen interner Arbeitsmärkte, erfolgt (siehe Biffel 1994; 2000a). Gleichzeitig wird angenommen, dass Männer in der Regel einer dauerhaften Vollbeschäftigung und Frauen neben der Hausarbeit bestenfalls einer Nebenbeschäftigung nachgehen, was dazu beiträgt, dass die Segmentierung der Ausbildung und in der Folge die berufliche Segmentierung nach Geschlecht in Österreich im internationalen Vergleich besonders ausgeprägt sind (siehe Biffel 1993; 2006). Auch wird unterstellt, dass der berufliche und branchenspezifische Strukturwandel mehr oder weniger über den Generationenwechsel erfolgt, sodass kein systematischer Weiterbildungsbedarf über arbeitsmarktpolitische Bildungsmaßnahmen hinaus besteht.

Alle diese Prämissen sind allerdings in der heutigen postindustriellen Wissensgesellschaft nicht mehr gerechtfertigt. Der Mensch von heute steht im Mittelpunkt einer Welt, in der sich die traditionellen Organisationsstrukturen der Wirtschaft und Gesellschaft zum Teil auflösen und in einer anderen Form neu konstituieren. Ein Wesensmerkmal der Neukonstituierung ist eine größere Flexibilität in den Arbeitsorganisationsstrukturen ebenso wie in den zwischenmenschlichen Beziehungen (Lebensphasenpartnerschaften). Beides zusammen genommen legt nahe, dass jedes Individuum, Mann und Frau, danach trachten muss, eine eigenständige finanzielle Absicherung im Lebenszyklus zu erreichen. Dies ist nicht zuletzt deshalb notwendig, weil die zunehmende Öffnung der Märkte und der damit verbundene stärkere Wettbewerb zur Folge haben, dass Löhne immer mehr von der Arbeitsproduktivität bestimmt werden. Die einzelnen Länder haben kaum mehr einen Spielraum, sozial- oder familienpolitische Gesichtspunkte in die Lohnpolitik einfließen zu lassen.¹ In der Folge können wir beobachten, dass Frauen zunehmend ins Erwerbsleben treten, nicht zuletzt um das Familieneinkommen zu stabilisieren.

Diese Entwicklungen legen nahe, dass das Vollbeschäftigungsmodell alter Prägung in Auflösung begriffen ist und dass ein Modell der individuellen Absicherung im Entstehen ist,

¹ Gill macht darauf aufmerksam, dass die Wurzeln der Einkommensunterschiede nach Geschlecht in der Lohnpolitik der Industriegesellschaft und dem damit verbundenen „Male-breadwinner-Familienmodell“ liegen. Dadurch dass die Gütermärkte über tarifäre und andere Handelshemmnisse vom Wettbewerb abgeschirmt waren, konnte dem Mann ein „Familienlohn“ ausbezahlt werden, d.h. ein Lohn, der nicht produktivitätsorientiert war, sondern der den Lebensstandard einer Familie sichern sollte, in der der Mann einer Vollerwerbsarbeit nachgeht und die Frau der Hausarbeit (siehe Gill 1990).

in dem der Erwerbsarbeit eine Schlüsselrolle zukommt (siehe Guger 2007). Da die Erwerbschancen in hohem Maße von den individuellen Fähigkeiten und dem Bildungsgrad bestimmt werden, kommt der Erhaltung und Weiterentwicklung der Qualifikationen und des Wissens im Lebenszyklus eine besondere Bedeutung zu. Ein System, das das kontinuierliche Lernen zum Ziel hat, erleichtert die Übergänge zwischen Beschäftigungsverhältnissen, unterstützt den Berufswandel und erleichtert die Anpassung der Qualifikationen und Kompetenzen nach Phasen der Unterbrechung der Erwerbsarbeit für Familienarbeit oder infolge von Arbeitslosigkeit. Damit ist es eine Voraussetzung für die Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit der Einzelnen ebenso wie der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe.

Kurzlebigkeit des wirtschaftlich verwertbaren Wissens macht Erwachsenenbildung erforderlich

Da das Wissen nicht nur rasch akkumuliert, sondern auch in seiner wirtschaftlichen Verwertbarkeit kurzlebiger wird, geht an der Entwicklung eines Systems der kontinuierlichen Weiterbildung kein Weg vorbei. Die große Herausforderung der Erwachsenenbildung liegt darin, das Wissen zu vermitteln und die Fähigkeiten zu entwickeln, die in einer wissensbasierten postindustriellen Gesellschaft für die Erhaltung des Wirtschaftswachstums und der Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe sowie ihrer Arbeitskräfte gebraucht werden. Neue Lehr- und Lernformen sind erforderlich, um Erwachsene anzusprechen, und neue Finanzierungsmodelle, um die nötigen Anreize zu setzen, dass seitens der Individuen, der Unternehmen und der Gesellschaft ausreichend in die Weiterbildung investiert wird. Um sicherzustellen, dass Europa zur wettbewerbsfähigsten Weltregion wird, unterstützt die Europäische Kommission daher die Entwicklung eines kohärenten Systems des lebensbegleitenden Lernens in allen Mitgliedstaaten (siehe European Commission 2001). Damit wird auch klargestellt, dass die Erwachsenenbildung in einem vereinten Europa nicht mehr von jedem Mitgliedstaat isoliert und nach eigenem Gutdünken zu steuern ist, sondern dass eine gemeinsame Vorgangsweise angesagt ist. Sie ist die logische Folge eines gemeinsamen Binnen- und Arbeitsmarktes, in dem die Mobilität der Arbeitskräfte nicht behindert werden soll (siehe European Commission 1995; 1999; Biffi 2000b). In der Kopenhagener Erklärung (2002) wurden konkrete Schritte der Zusammenarbeit mit dem Ziel der Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Berufsbildungsraums bis zum Jahr 2010 beschlossen (der Kopenhagen Prozess); eine weitere Präzisierung erfolgte im Kommuniqué von Maastricht (2004)². Während der Kopenhagener Prozess auf die Zusammenarbeit und

² Nähere Informationen zur offenen Koordination der allgemeinen und beruflichen Bildung in der EU auf: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/et_2010_de.html

Koordination in der Berufsbildung abstimmt³, konzentriert sich der Bologna Prozess auf die Schaffung eines gemeinsamen Hochschulraums.⁴

Der Wandel der Wirtschaftsstruktur weg von der Massenproduktion im industriell-gewerblichen Bereich hin zu Fertigungen im obersten Qualifikationssegment (flexible Spezialisierung; siehe dazu genauer Biffi 1999) und zu komplexen unternehmensorientierten Dienstleistungen macht vor allem eine Umorientierung im berufsorientierten mittleren und höheren Ausbildungssegment erforderlich. Die zunehmende Konzentration der Betriebe auf Kernaufgaben und die Auslagerung von spezialisierten Dienstleistungen und Fertigungen auf eigene Unternehmen haben u.a. zur Folge, dass Betriebe Aus- und Weiterbildung immer seltener innerhalb des Betriebes anbieten, sondern auf den externen Bildungsmarkt verlagern. Jugendliche, die nicht die Qualifikationen aufweisen, die der Arbeitsmarkt verlangt, haben ebenso Probleme auf dem Arbeitsmarkt wie ältere Arbeitskräfte, die sich nicht rasch genug auf die neuen Aufgaben umstellen können. Sie können ihre Beschäftigungs- und Einkommenschancen nur wahren, wenn sie Zugang zu einem System der Erwachsenenbildung haben.

Bisher wurde in Österreich dem Älterwerden der Gesellschaft vor allem in Hinblick auf die Finanzierbarkeit des Pensions- und Wohlfahrtsystems großes Augenmerk geschenkt (Pensionsreform), kaum jedoch der Anpassung der Qualifikationen älterer Menschen an einen geänderten Bedarf zur Erhaltung ihrer Beschäftigungsfähigkeit. Letzteres findet zwar zunehmend statt, jedoch im Wesentlichen seitens des Arbeitsmarktservice, ohne dass dahinter ein kohärentes System des lebensbegleitenden Lernens steht. Die Weiterbildung von älteren Arbeitslosen mag zwar für einige unter ihnen der einzige Weg zurück ins Erwerbsleben sein, eine umfassende Änderung der Beschäftigungs- und Einkommenschancen Älterer kann im derzeitigen System allerdings kaum erreicht werden (OECD 2005b).

Was die Erwachsenenbildung angeht, so ist in Österreich eine institutionelle Neuorientierung ebenso notwendig wie ein Überdenken ihrer Finanzierung. Derzeit ist das Erwachsenenbildungssystem fragmentiert und nicht in einen in sich konsistenten Qualifikationsrahmen eingebunden. Kompetenzen sind sowohl lateral als auch vertikal auf verschiedene Verwaltungs- und Bildungseinrichtungen verteilt, ohne dass es einen roten

³ Ein Überblick über die wesentlichen Dokumente auf dem Weg zu einer akkordierten Bildungspolitik im Bereich der Berufsbildung findet sich auf <http://www.cedefop.europa.eu>, darunter auch die wesentlichen Ergebnisse der Konferenz von Graz unter der österreichischen Präsidentschaft der EU 2006: http://www.trainingvillage.gr/etv/projects_networks/quality/key_documents.asp

⁴ Nähere Informationen zum Bologna Prozess auf: <http://archiv.bmbwk.gv.at/europa/bp/hochschul.xml>

verbindlichen institutionellen Faden gibt, der die Koordination dieser komplexen Aufgabe zum Ziel hat.

So gesehen wird weder dem Wandel auf der Angebotsseite – insbesondere dem Altern der Erwerbsbevölkerung, der zunehmenden Diversität der Arbeitskräfte infolge einer steigenden Frauenerwerbstätigkeit und einer Zuwanderung aus den verschiedenen Weltregionen – noch den geänderten Anforderungen auf der Nachfrageseite – insbesondere der flexiblen Spezialisierung und Internationalisierung der Produktion – in einem System der Aus- und Weiterbildung Rechnung getragen.

Grundpfeiler eines Systems der Erwachsenenbildung

Das Konzept des lebensbegleitenden Lernens ist nicht neu. Die OECD hat schon im Jahre 1973 ein solches vorgeschlagen: *„to provide better opportunity for individual development, greater education and social equality, and better interplay between the education and other social sectors, including a better contribution to the potential for necessary economic growth“* (OECD 1973, p. 48). Aber die Rahmenbedingungen, innerhalb derer in der EU heute lebensbegleitendes Lernen diskutiert bzw. umgesetzt wird, sind neu (Hake/Kamp/Slagter 1999; Baaijens et al. 1998).

Wesentlich für eine Erwachsenenbildung, die als lebensbegleitendes Lernsystem konzipiert ist, sind ein bestimmter institutioneller Rahmen, ein finanzieller Rahmen und ein Qualifikationsrahmen. Innerhalb dieser Rahmen werden die vorhandenen Qualifikationen vergleichbar gemacht und erfolgen laufende Anpassungsprozesse der Qualifikationen der Menschen an geänderte Anforderungsprofile und Interessen.

In Europa haben Coles und Oates (2004) im Zusammenwirken mit BildungsexpertInnen einen Qualifikationsrahmen entworfen, der als Referenzrahmen für alle EU-Mitgliedsländer fungieren soll. Darin wird u.a. zwischen acht Bildungsniveaus unterschieden, in die die diversen beruflichen und fachlichen Kenntnisse und Fähigkeiten eingebettet werden können: Levels 1 und 2: Pflichtschulabschluss sowie ein Basiswissen, das auch im Rahmen einer einfachen Arbeit erworben werden kann; Levels 3 bis 5: ein breites Spektrum an beruflicher und/oder formaler Ausbildung im oberen Sekundarbereich; Levels 6 bis 8 bilden das dreistufige universitäre Ausbildungssystem (Bologna Prozess) ab (siehe Coles/Oates 2004). Indem der Unterschied im Ausbildungsniveau und in der Bandbreite der beruflichen Fähigkeiten auf FacharbeiterInnenebene auf einen Blick sichtbar gemacht wird, wird das System der berufsorientierten Ausbildung nicht ausgehöhlt, sondern differenziert. Auf Österreich umgemünzt bedeutet das, dass der Unterschied zwischen einer vierjährigen

Ausbildung als MechatronikerIn und einer zweijährigen als KorbflechterIn hervorgehoben wird und nicht in einem einheitlichen FacharbeiterInnenbegriff untergeht. Ein derartig differenzierter Qualifikationsrahmen ist die Voraussetzung dafür, dass ein Bezug zwischen den diversen Bildungssystemen in Europa hergestellt werden kann (Metasystem). Er erleichtert die Anerkennung von Ausbildung im Ausland, aber auch von Qualifikationen, die am Arbeitsplatz über informelles Lernen erworben wurden.

Der institutionelle Rahmen muss für ausreichende Koordination im lebensbegleitenden Lernen sorgen und die zuständigen Ministerien, Bildungseinrichtungen im Erst- und Weiterbildungssegment, Länder und Gemeinden, Betriebe und ArbeitnehmerInnen über ihre Interessenvertretungen sowie das Arbeitsmarktservice und die territorialen Beschäftigungspakte (TEPs) in die Entscheidungsprozesse in geeigneter Weise einbinden. Dabei ist über die Weiterentwicklung der Bildungsstrukturen im Einklang mit der sozialen und wirtschaftlichen Einbindung der Regionen in eine globale Wissensgesellschaft zu entscheiden. In regionalen Entwicklungsplänen ist auf den Bedarf, die Finanzierung und die Umsetzung der Weiterbildung einzugehen, der Entwicklungs- und der Umsetzungsprozess sind regelmäßig zu evaluieren und an geänderte Anforderungen anzupassen.

In der Entwicklung des lebensbegleitenden Lernens stellen sich zwei unterschiedliche grundlegende Aufgabengebiete: Einerseits die Entwicklung des Zusammenspiels von Erst- und Weiterbildung und die dafür erforderlichen Anpassungsprozesse im Bereich der Erstausbildung, um bei allen AbsolventInnen die erforderlichen Fähigkeiten für das Weiterlernen zu entwickeln. Andererseits die Bereitstellung von ausreichenden Möglichkeiten für das Weiterlernen im Bereich der Erwachsenenbildung und der Weiterbildung (EB/WB). In Österreich liegt der bildungspolitische Schwerpunkt bisher ganz klar im Bereich der Erstausbildung und weder die Zusammenhänge und Schnittstellen zur Erwachsenenbildung und Weiterbildung noch die Funktionsfähigkeit des Angebotes im Bereich der Erwachsenenbildung und Weiterbildung sind klar. Im Bereich der EB/WB ist die Institutionalisierung bisher schwach ausgeprägt. Es fehlt vor allem an Transparenz und an einem Monitoring und Evaluationsmechanismus, der eine Beurteilung der Stärken und Schwächen des österreichischen Systems der EB/WB zulassen würde. Bisher gibt es Hinweise auf Marktversagen etwa in der Form von regionalen Disparitäten im Weiterbildungsangebot oder in problembehafteten Beziehungen zwischen Angebot und Nachfrage am privaten Weiterbildungsmarkt (siehe Zilian/Lassnigg/Wroblewski 1999; Biffi/Lassnigg 2007).

Der Aufbau von wirksamen Koordinationsmechanismen im Bereich der Erwachsenenbildung wäre ein notwendiger Schritt in der Entwicklung eines lebensbegleitenden Lernsystems. Dabei kann man an die Errichtung eines Erwachsenenbildungsrates denken. Die Einrichtung eines Bundesamts für Weiterbildung wäre eine alternative Möglichkeit, die einerseits die

Koordinationsfunktion zwischen den verschiedenen Organisationsbereichen und Ebenen wahrnimmt und andererseits als Bundesakkreditierungsagentur fungiert.

Was den finanziellen Rahmen anbelangt, so muss er derart ausgestaltet sein, dass sowohl individuelle Lernchancen im Lebenshorizont gewährleistet sind, d.h. der soziale Aufstieg über Weiterbildung möglichst umfassend möglich ist, als auch gesellschaftliche und wirtschaftliche bildungspolitische Ziele erfüllt werden. Zu letzteren zählt die Erhaltung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit der Region ebenso wie die aus demokratiepolitischer Sicht wichtige Sicherstellung eines hohen Bildungsgrads einer reifen postindustriellen Gesellschaft.

Die Qualifikationsanpassung soll innerhalb eines internationalen Qualifikationsrahmens stattfinden (Europäischer Qualifikationsrahmen), in den die national anerkannten beruflichen und fachlichen Fähigkeiten und Bildungsabschlüsse eingeordnet und damit allseits transparent gemacht werden. Die Entwicklung des nationalen Qualifikationsrahmens, die gegenwärtig im Gange ist, muss auf die Förderung des lebensbegleitenden Lernens ausgerichtet sein und Möglichkeiten für die Anerkennung von nicht formal oder informell erworbenen Kompetenzen bieten.

Dabei stellt sich die Frage, wie und ob die in diesem Rahmen zu schaffenden Institutionen mit der Entwicklung von Koordinationsfunktionen im Bereich des lebensbegleitenden Lernsystems verknüpft werden können.

Die drei Eckpfeiler des institutionellen, finanziellen und qualifikationsspezifischen Rahmens sind in einem System der Erwachsenenbildung aufeinander abzustimmen. Ein ausführlicher Vorschlag für die Entwicklung von Prioritäten im Rahmen einer österreichischen Lifelong-Learning Strategie wurde von Lassnigg (2007)⁵ entwickelt.

Um sicherzustellen, dass alle Personen in ein lebensbegleitendes Lernsystem eingebunden werden, sind Rahmenbedingungen zu schaffen, die einerseits selbstgesteuertes Lernen, etwa das Lernen und die Kompetenzentwicklung im sozialen Umfeld, andererseits Weiterbildung in Betrieben fördern. In beiden Fällen sind Anreizmechanismen zu schaffen, die eine Lernkultur zu einer Selbstverständlichkeit werden lassen.

Angesichts der geringen Weiterbildungswahrscheinlichkeit von Menschen mit einem geringen Bildungsgrad ist an eine Kombination von Maßnahmen zu denken, etwa in

⁵ Nähere Informationen dazu auf: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/?aid=613&mid=517>

Anlehnung an erfolgreiche Instrumente im Vereinigten Königreich, die bildungsfernen Schichten und Personengruppen die Freude am Lernen vermitteln und in der Folge auch ihre Lernchancen erhöhen (siehe Biffi/Lassnigg 2007). Es wird einer koordinierten Aktion seitens der staatlichen Bildungspolitik unter Einbeziehung der Länder und Gemeinden ebenso bedürfen wie der Einbindung der Medien in eine Bildungskampagne, wenn man die Lernmotivation steigern will. Es wird aber auch finanzielle Anreizmechanismen brauchen, damit die/der Einzelne einen Mehrwert aus der Höherqualifizierung erzielen kann. In Anbetracht einer sozialpolitisch motivierten geringen Einkommensspreizung nach Qualifikationen im unteren und mittleren Qualifikationssegment ist an die Übernahme der Weiterbildungskosten seitens des Staates zu denken (siehe Biffi 2002a; 2002b). Das ist gerechtfertigt, da die Gesellschaft über eine Verbesserung des Produktionspotenzials der Arbeitskraft von der Höherqualifizierung profitiert, nicht jedoch notwendigerweise das Individuum.

Literaturverzeichnis

Verwendete Literatur

OECD (1973): Recurrent Education. A Strategy for Lifelong Learning. CERI, OECD, Paris.

Weiterführende Literatur

Baaijens, C. et al. (1998): Alternative Approaches to Financing Lifelong Learning. Max Goote Expert Centre and Netherlands Economic Institute.

Biffi, G. (1993): „Gleichstellung von Mann und Frau“. In: Enderle, G. et al. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsethik. Freiburg/Basel/Wien: Herder Verlag.

Biffi, G. (1994): Theorie und Empirie des Arbeitsmarktes am Beispiel Österreich. Wien/New York: Springer Verlag.

Biffi, G. (1999): Der Arbeitsmarkt der Zukunft. Implikationen für die Sozialpartnerschaft. In: Karlsrufer, Ferdinand/Talos, Emmerich (Hrsg.): Zukunft der Sozialpartnerschaft, Veränderungsdynamik und Reformbedarf. Wien: Signum Verlag (= Schriftenreihe des Zentrums für Angewandte Politikforschung. 19.).

Biffi, G. (2000a): „Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider-Diskussion“. In: Husa, Karl/Parnreiter, Christof/Stacher, Irene (Hrsg.): Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts? Wien (= Historische Sozialkunde. 17.), S. 207-227.

Biffi, G. (2000b): Beschäftigungspolitik in Österreich vor dem Hintergrund einer Europäischen Beschäftigungspolitik. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 29(3)/2000. S. 299-314.

Biffi, G. (2002a): Kosten und Nutzen des Bildungssystems im internationalen Vergleich. In: WIFO-Monatsberichte 75(6)/2002, S. 397-411.

Biffi, G., (2002b): Die Kosten des österreichischen Bildungssystems und der Wert der Ausbildung. In: WIFO-Monatsberichte 75(6)/2002, S. 385-395.

Biffi, G. (2006): Mehr Jobs und bessere Einkommenschancen für Frauen: Eine gesellschaftspolitische Herausforderung für Österreich. In: WISO 2/2006, S. 89-108.

- Biffi, G./Lassnigg, L. (2007): Weiterbildung und lebensbegleitendes Lernen: Vergleichende Analysen und Strategievorschläge für Österreich, Materialien zu Wirtschaft und Gesellschaft.
- Coles, M./Oates, T. (2004): European reference levels for education and training: An important parameter for promoting credit transfer and mutual trust, Qualifications and Curriculum Authority, England. Online im Internet: http://www.embedding-standards.com/eureferecelevels_001.pdf [Stand: 2007-10-20].
- European Commission (1995): Teaching and Learning: Towards the Learning Society, EU-White Paper. Luxembourg.
- European Commission (1999): Employment in Europe 1998, Employment and Social Affairs, Employment and European Social Fund. Luxembourg.
- European Commission (2001): Making an Area of European Lifelong Learning a Reality. Luxembourg. Online im Internet: http://ec.europa.eu/education/policies/lll/life/communication/com_en.pdf [Stand: 2007-10-20].
- Foray, D. (2003): Innovation in the knowledge-based economy; implications for education and learning systems. OECD. Directorate for Education, Centre for Educational Research and Innovation. Paris.
- Gill, F. (1990): Social Justice and the Low-Paid Worker, Australian Journal of Social Issues 25, pp. 83-102.
- Guger, A. (2007): WIFO-Weißbuch: Arbeitsmarktflexibilität und soziale Absicherung. WIFO-Monatsberichte 80(5), S. 469-481.
- Hake, B./Kamp, M. van der/Slagter, M. (1999): European Higher Education and Lifelong Learning. The Netherlands, Max Goote Kenniscentrum BVE, Amsterdam.
- Lassnigg, L. (2007): Faktenlage, Positionen und Fragen in den Prioritäten für die LLL-Strategie. In: Magazin Erwachsenenbildung.at 0/2007. Online im Internet: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/?aid=613&mid=517> [Stand: 2007-10-12].
- OECD (2005a): Learning a Living: First results of the Adult Literacy and Life Skills Survey. Paris.
- OECD (2005b): Ageing and Employment Policies: Austria, Paris.
- Plath, H.-E. (2000): Arbeitsanforderungen im Wandel, Kompetenzen für die Zukunft. Eine folgenkritische Auseinandersetzung mit aktuellen Positionen. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Jg. 33, Heft 4.
- Zilian Hans G./Lassnigg, Lorenz/Wroblewski, Angela (1999): Arbeitslosenschulung in der flexibilisierten Wirtschaft. Am Beispiel der Evaluierung der Analyse eines Schulungssystems. München/Mering: Rainer Hampp Verlag.

Weiterführende Links

- Europäische Kommission: Allgemeine & berufliche Bildung: http://ec.europa.eu/education/policies/2010/et_2010_de.html
- European Training Village: Quality assurance in VET - Key documents: http://www.trainingvillage.gr/etv/projects_networks/quality/key_documents.asp
- Bologna Prozess: <http://archiv.bmbwk.gv.at/europa/bp/hochschul.xml>
- Nullnummer des Magazin erwachsenenbildung.at: <http://www.erwachsenenbildung.at/magazin/07-0/meb-ausgabe07-0.pdf>



Foto: K. K.

Univ.-Doz.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Gudrun Biffel

Gudrun Biffel studierte Handelswissenschaften an der WU-Wien und im Anschluss daran Volkswirtschaft am IHS. 1975 PH.D. in Ökonomie an der University of Newcastle upon Tyne, England. Darauf Rückkehr nach Wien und Arbeitsbeginn als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO). Habilitation an der WU-Wien (1994). Lehre und Gastprofessuren an in- und ausländischen Universitäten.

Forschungsschwerpunkte im Bereich des Arbeitsmarktes, der Bildungs- und Migrationsforschung. Gudrun Biffel hat eine Vielzahl von Buchbeiträgen und Artikeln in internationalen und nationalen wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht. Sie ist Konsultantin der OECD in Migrationsfragen (seit 1977) und im Bereich der Alterung sowie „peer reviewerin“ der EU-Beschäftigungs-, Bildungs- und Integrationspolitik.

E-Mail: gudrun.biffel@wifo.ac.at

Internet: <http://www.wifo.ac.at/gudrun.biffel>

Telefon: +43 (0)1 798 26 01-259

Impressum/Offenlegung

Magazin erwachsenenbildung.at

Das Fachmedium für Forschung, Praxis und Diskurs

ISSN: 1993-6818

Gefördert aus Mitteln des ESF und des bm:ukk

Projekträger: Bundesinstitut für Erwachsenenbildung

Projektpartner: Institut EDUCON – Mag. Hackl

Herausgeberinnen

Mag.^a Regina Rosc (Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur)

Dr.ⁱⁿ Margarete Wallmann (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Medieninhaber und Herausgeber



Bundesministerium für Unterricht,
Kunst und Kultur
Minoritenplatz 5
A - 1014 Wien



Bundesinstitut für Erwachsenenbildung
Bürglstein 1-7
A - 5350 Strobl

Fachredaktion

Mag.^a Barbara Daser (ORF Radio Ö1, Wissenschaft/Bildung)

Univ.-Prof.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Elke Gruber (Alpen-Adria-Universität Klagenfurt)

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Dr. Christian Kloyber (Bundesinstitut für Erwachsenenbildung)

Dr. Lorenz Lassnigg (Institut für höhere Studien)

Dr. Arthur Schneeberger (Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft)

Dr. Stefan Vater (Verband Österreichischer Volkshochschulen)

Namentlich ausgewiesene Inhalte entsprechen nicht zwingend der Meinung der Redaktion.

Online-Redaktion

Mag. Wilfried Hackl (Institut EDUCON)

Mag.^a Bianca Friesenbichler (Institut EDUCON)

Lektorat

Mag.^a Laura R. Rosinger (Textconsult)

Design und Programmierung

wukonig.com | Wukonig & Partner OEG

Medienlinie

Das Magazin enthält Fachbeiträge von AutorInnen aus Wissenschaft und Praxis und wird redaktionell betrieben. Es richtet sich an Personen, die in der Erwachsenenbildung und verwandten Feldern tätig sind sowie an BildungsforscherInnen und Studierende. Jede Ausgabe widmet sich einem spezifischen Thema. Ziele des Magazins sind die Widerspiegelung und Förderung der Auseinandersetzung über Erwachsenenbildung seitens Wissenschaft, Praxis und Bildungspolitik. Weiters soll der Wissenstransfer aus Forschung und innovativer Projektlandschaft unterstützt werden.

Copyright

Wenn nicht anders angegeben, erscheinen die Artikel des „Magazin erwachsenenbildung.at“ unter der „Creative Commons Lizenz“. BenutzerInnen dürfen den Inhalt zu den folgenden Bedingungen vervielfältigen, verbreiten und öffentlich aufführen:

- Namensnennung und Quellenverweis. Sie müssen den Namen des/der AutorIn nennen und die Quell-URL angeben.
- Keine kommerzielle Nutzung. Dieser Inhalt darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung. Der Inhalt darf nicht bearbeitet oder in anderer Weise verändert werden.
- Nennung der Lizenzbedingungen. Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter die dieser Inhalt fällt, mitteilen.
- Aufhebung. Jede dieser Bedingungen kann nach schriftlicher Einwilligung des Rechtsinhabers aufgehoben werden.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Im Falle der Wiederveröffentlichung oder Bereitstellung auf Ihrer Website senden Sie bitte die URL und/oder ein Belegexemplar an redaktion@erwachsenenbildung.at oder postalisch an die Online-Redaktion des Magazin erwachsenenbildung.at, c/o Institut EDUCON, Bürgergasse 8-10, A-8010 Graz, Österreich.